

Martina Maaßen	Bündnis90/DIE GRÜNEN
Monika Sommer	Bündnis90/DIE GRÜNEN
Angélique Vootz	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Christina Wolff-Dittrich	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Markus Fander	FürVIE
Olaf Fander	FürVIE
Hans-Willi Pertenbreiter	FürVIE
Christoph Jung	DIE LINKE
Britta Pietsch	DIE LINKE
Christoph Saßen	DIE LINKE
Dr. Frank a Campo	FDP
Stefan Feiter	FDP
Udo van Neer	FDP
Gunter Kretzschmann	NPD

Verwaltung

Christian Canzler	Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Susanne Fritzsche	Technische Beigeordnete
Cigdem Bern	Beigeordnete
Wolfgang Güdden	Fachbereichsleiter FB 10
Ute Feyen	Referentin der Bürgermeisterin
Oliver Maaßen	Geschäftsführer FB 10/III
Frank Schliffke	Pressereferent
Birgit Wöltering	Abteilungsleiterin FB 20/I

Gast

Maren Weber	Rechtsanwaltsgesellschaft PwC Legal
-------------	-------------------------------------

Es fehlen entschuldigt:

Erhard Braun	CDU
Wolfgang Brochsitter	CDU
Susanne Saringen	CDU
Ulf-Alexander Hippel	SPD
Ronny Wochau	SPD
Erika Ruth	FürVIE

Tagesordnung:**Öffentliche Sitzung:**

TOP	Vorlagen-Nr.	Bezeichnung
1.		Bestimmung eines Schriftführers
2.		Einwohnerfragestunde
3.		Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates am 04.02.2020
4.	2020/2471/GBI	Sachstandsbericht aus der Verwaltung
5.	2020/2476/GBI	Antrag an die Sparkassenstiftung zur Sitzung am 08.06.2020
6.	2020/2475/FB10/I	Aufhebung des Gestellungsvertrages zur Kreisleitstelle sowie Abschluss des Vertrages über den Übergang von Leitstellenpersonal der Stadt Viersen auf den Kreis Viersen und über die künftige Zusammenarbeit

- | | | |
|-----|----------------------|--|
| 7. | 2020/2393/FB10/III | Vertretung der Stadt Viersen im Aufsichtsrat der Viersener Aktien-Baugesellschaft AG |
| 8. | 2020/2423/FB10/III | Umbesetzung des Ausschusses für Bauen, Umwelt- und Klimaschutz |
| 9. | 2020/2446/FB10/III | Umbesetzung von Ausschüssen |
| 10. | 2020/2449/FB10/III | Umbesetzung von Ausschüssen und des Integrationsrates |
| 11. | 2020/2474/FB10/III | Antrag der FDP-Fraktion zur Einstellung der Planung eines Sozialrat-hauses und zur Erarbeitung eines neuen Raumkonzeptes (Homeoffice, mobiles Arbeiten) |
| 12. | 2020/2431/FB20/I | Antrag der FDP-Fraktion vom 12.08.2019; hier: „Steuerbefreiung von 24 Monaten für Hunde aus Tierheimen“ |
| 13. | 2020/2448/FB40 | Antrag der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufnahme von Flüchtlingen |
| 14. | 2020/2466/FB41/III | Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Aussetzen der Beitragserhebung für die Betreuung von Kindern in der Kindertagesbetreuung (einschließlich) der Kindertagespflege und/oder im Rahmen des Offenen Ganztages an Schulen der Primar-stufe und Förderschulen im Zuge von COVID-19 für den Monat April 2020 |
| 15. | 2020/2385/FB60/I | Bebauungsplan Nr. 180-4 „Brüsseler Allee/Bahnhofplatz“
- Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB |
| 16. | 2020/2468/FB90 | Bewerbung beim Förderprojekt des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat „Modellprojekte Smart Cities: Stadtentwicklung und Digitalisierung“ |
| 17. | 2020/2463/FB41/IV/1 | Antrag des Vereins Freunde von Kanew e.V. vom 30.06.2019 |
| 18. | 2020/2466/FB41/III/1 | Aussetzung der Beitragserhebung für die Betreuung von Kindern in der Kindertagesbetreuung (einschließlich der Kindertagespflege) und/oder im Rahmen des Offenen Ganztages an Schulen der Primarstufe und Förderschule im Zuge von COVID-19 für Mai 2020 |
| 19. | 2020/2487/FB50/IV | Erstattung der Elternbeiträge für die freien Träger der außerunterrichtli-chen Betreuungsangebote der Primarstufe und der Sekundarstufe I |
| 20. | 2020/2492/FB50/I | Sachstandsbericht zur Anfrage der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zum digitalen Unterricht an Viersener Schulen |
| 21. | | Anfragen |
| 22. | | Beschlusskontrolle |
| 23. | | Verschiedenes |

Die Vorsitzende stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Sie schlägt vor, die öffentliche Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte

17. Antrag des Vereins Freunde von Kanew e.V. vom 30.06.2019
(Vorlage 2020/2463/FB41/IV/1),
18. Aussetzung der Beitragserhebung für die Betreuung von Kindern in der Kindertagesbetreuung (einschließlich der Kindertagespflege) und/oder im Rahmen des Offenen Ganztages an Schulen der Primarstufe und Förderschule im Zuge von COVID-19 für Mai 2020
(Vorlage 2020/2466/FB41/III/1),
19. Erstattung der Elternbeiträge für die freien Träger der außerunterrichtlichen Betreuungsangebote der Primarstufe und der Sekundarstufe I
(Vorlage 2020/2487/FB50/IV),

und

20. Sachstandsbericht zur Anfrage der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zum digitalen Unterricht an Viersener Schulen
(Vorlage 2020/2492/FB50/I)

zu erweitern und verweist hierzu auf die ausliegenden Tischvorlagen.

Darüber hinaus schlägt sie vor, die nichtöffentliche Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt

3. Angelegenheiten des ÖPNV
(Vorlage 2020/2424/FB20/I/1)

zu erweitern. Auch hierzu verweist sie auf die ausliegende Tischvorlage.

Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben. Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert die Vorsitzende Ratscherrin van Neer zu seinem heutigen Geburtstag und begrüßt als Gast Frau Maren Weber (Rechtsanwaltsgesellschaft PwC Legal), die für etwaige Rückfragen zum nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt „Angelegenheiten des ÖPNV“ zur Verfügung steht.

Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass die Feierlichkeiten anlässlich des 50jährigen Stadtjubiläums abgesagt worden seien. Die ausliegenden Päckchen mit der Blumenmischung lasse man auch dem Einzelhandel und den Wochenmarktbesuchern zwecks Verteilung an die Kundinnen und Kunden zukommen.

Öffentliche Sitzung:

1. **Bestimmung eines Schriftführers**
Ratscherrin Sillekens wird als Schriftführer bestimmt.
2. **Einwohnerfragestunde**
Einwohnerfragen liegen nicht vor.
3. **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates am 04.02.2020**
Einwendungen werden nicht erhoben.
4. **Sachstandsbericht aus der Verwaltung**
Vorlage: 2020/2471/GBI
Beschluss:
Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Protokoll:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Canzler berichtet über die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise. Hierzu verweist er auf die ausliegende Übersicht aus der etwaige Mindererträge und Mehraufwendungen hervorgehen. Da es sich um eine dynamische Entwicklung handelt, werde er über den jeweils aktuellen Sachstand in den nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates regelmäßig berichten.

Auf Nachfrage der Fraktion DIE LINKE zum Punkt „Flexibilisierung der Arbeitszeit, hier: Urlaubsgewährung“ führt die Vorsitzende aus, dass es sich hier um den Urlaub handelt, der bereits beantragt und genehmigt wurde, auch wenn Urlaubsreisen derzeit nicht möglich seien.

5. Antrag an die Sparkassenstiftung zur Sitzung am 08.06.2020

Vorlage: 2020/2476/GBI

Beschluss:

Der Rat beschließt den für die Sitzung der Kuratorien am 08.06.2020 im Sachverhalt vorgeschlagenen Antrag mit der angeführten Antragssumme.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 7 Enthaltungen

6. Aufhebung des Gestellungsvertrages zur Kreisleitstelle sowie Abschluss des Vertrages über den Übergang von Leitstellenpersonal der Stadt Viersen auf den Kreis Viersen und über die künftige Zusammenarbeit

Vorlage: 2020/2475/FB10/I

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, den der Vorlage-Nr.: 2020/2475/FB10/I als Anlage im Entwurf beigefügten Vertrag mit dem Kreis Viersen abzuschließen und damit den bisherigen Gestellungsvertrag zur Kreisleitstelle vorzeitig zu beenden und die künftige Zusammenarbeit zu regeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Protokoll:

Die Vorsitzende führt aus, dass der Kreis den bestehenden Vertrag bedauerlicherweise gekündigt habe. Dadurch habe sich konkreter Handlungsbedarf ergeben. Im vorliegenden Vertragsentwurf, der nach intensiven Verhandlungen zwischen Kreis und Stadt Viersen ausgearbeitet worden sei, habe man sich auf einen Konsens verständigt.

In diesem Zusammenhang betont die SPD-Fraktion die Wichtigkeit einer Rettungswache auf Viersener Stadtgebiet. Gerade die aktuelle Situation zeige den Bedarf für eine Desinfektionshalle. Aktuell lasse der Kreis nicht nur die Stadt Viersen, sondern auch die Gemeinde Schwalmtal im Ungewissen. Die Vorsitzende sollte nochmals an den Landrat herantreten und ihn dazu bewegen, auch entsprechende Gespräche mit der Gemeinde Schwalmtal zu führen.

Diese führt aus, dass ihres Wissens die Planungen des Kreises, die der Bezirksregierung zur Prüfung vorliegen, eine Rettungswache auf Viersener Stadtgebiet vorsehen. Soweit es ihr bekannt sei, seien noch krankensicherungsrechtliche Fragen zu klären.

7. Vertretung der Stadt Viersen im Aufsichtsrat der Viersener Aktien-Baugesellschaft AG
Vorlage: 2020/2393/FB10/III

Beschluss:

Der Rat beschließt die Benennung von Bürgermeisterin Sabine Anemüller als Vertreterin der Stadt Viersen im Aufsichtsrat der Viersener Aktien-Baugesellschaft AG.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Umbesetzung des Ausschusses für Bauen, Umwelt- und Klimaschutz

Vorlage: 2020/2423/FB10/III

Beschluss:

Die Ratsmitglieder beschließen:

Herr Daniel Jungblut wird als stellvertretender sachkundiger Bürger (erstes stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied) in den Ausschuss für Bauen, Umwelt- und Klimaschutz gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung (NPD)

9. Umbesetzung von Ausschüssen

Vorlage: 2020/2446/FB10/III

Beschluss:

Die Ratsmitglieder beschließen die im Sachverhalt aufgeführten Umbesetzungen von Ausschüssen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Umbesetzung von Ausschüssen und des Integrationsrates

Vorlage: 2020/2449/FB10/III

Beschluss:

Die Ratsmitglieder beschließen die im Sachverhalt aufgeführten Umbesetzungen von Ausschüssen und des Integrationsrates.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung (NPD)

11. Antrag der FDP-Fraktion zur Einstellung der Planung eines Sozialrauthauses und zur Erarbeitung eines neuen Raumkonzeptes (Homeoffice, mobiles Arbeiten)

Vorlage: 2020/2474/FB10/III

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Die Verwaltung wird mit der weiteren Bearbeitung des Antrages im Rahmen der sich derzeit in Bearbeitung befindlichen Raumkonzeption beauftragt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Protokoll:

Die Vorsitzende verweist auf den geänderten Beschlussvorschlag gemäß Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses, der auch vom Antragsteller befürwortet werde.

12. Antrag der FDP-Fraktion vom 12.08.2019; hier: „Steuerbefreiung von 24 Monaten für Hunde aus Tierheimen“
Vorlage: 2020/2431/FB20/I

Beschluss:

Der Rat beschließt die fünfte Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Viersen gemäß Anlage 2 der Vorlage 2020/2431/FB20/I.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Protokoll:

Die Fraktion DIE LINKE erinnert, sie habe bereits im Jahre 2014 einen ähnlichen Antrag eingebracht. Sie sei erfreut, dass die FDP-Fraktion das Thema nunmehr aufgreift und unterstützt das Antragsbegehren.

13. Antrag der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufnahme von Flüchtlingen
Vorlage: 2020/2448/FB40

Beschluss:

Der Rat beschließt, sich den Richtlinien und Beschlüssen der Bundesregierung anzuschließen und sich dieser gegenüber schriftlich zur Aufnahme einer Gruppe von unbegleitet minderjährigen Flüchtlingen und Familien mit Kindern und Jugendlichen bereit zu erklären.

Abstimmungsergebnis:

50 Ja-Stimmen (Bürgermeisterin, CDU, SPD, Bündnis90/DIE GRÜNEN, FürVIE,
 DIE LINKE, FDP)
 1 Nein-Stimme (NPD)

Protokoll:

Die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN begründet ihren Antrag ausführlich. Bereits im Vorjahr habe man sich der Initiative „Sichere Häfen“ angeschlossen. Ihre Forderung nach einer europäischen Lösung halte sie nach wie vor aufrecht. Aufgrund der aktuell eskalierenden Lage in den griechischen Flüchtlingslagern sei es unabdingbar, Flüchtlinge aufzunehmen. Auch wenn die Verwaltungsvorlage ausschließlich die Aufnahme unbegleiteter Kinder und Jugendlicher aufgreife, sei sie erfreut, dass die Verwaltung bereits diverse Möglichkeiten geprüft und sich mit freien Trägern in Verbindung gesetzt habe.

Die SPD-Fraktion erinnert an die gemeinsame Antragstellung der Ratsfraktionen SPD, Bündnis90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und FürVIE zur Initiative „Sichere Häfen“. Der Beitritt zur Initiative war eher als symbolischer Akt zu verstehen. Nunmehr sei es wichtig, diesem auch Taten folgen zu lassen. Die Aufnahme unbegleiteter Kinder und Jugendlicher halte sie für alternativlos.

Aus Sicht der CDU-Fraktion sei der vorliegende Beschlussvorschlag in Teilen obsolet, da die Bundesregierung aktuelle Beschlüsse gefasst habe. Kürzlich seien 47 Kinder und Jugendliche in Hannover angekommen und werden nun auf die einzelnen Bundesländer verteilt.

Die Vorsitzende führt aus, dass noch nicht ganz klar sei, wie die bereits angekommenen Flüchtlinge zugewiesen werden. Durch den heutigen Beschluss solle der Einstieg in eine Prioritätenliste erfolgen.

Die FDP-Fraktion erinnert an ihren Standpunkt, den sie schon verschiedentlich geäußert habe. Der nunmehr vorgesehene Beschluss passe nicht zum aktuellen Geschehen und sei in Teilen überholt, da bereits erste Flüchtlinge in Deutschland angekommen seien. Die FDP-Fraktion unterstütze die Haltung der Bundesregierung, im Rahmen einer europäischen Lösung Flüchtlinge aufzunehmen. Ein Vorpreschen unter moralischen Aspekten könnte allerdings langfristig verheerend sein, da dies von kriminellen Schlepperbanden missbraucht werden könnte. Durch einen entsprechenden Beschluss würde ihrer Auffassung nach das „Geschäftsmodell“ verbrecherischer Schlepperbanden unterstützt. Sie spricht sich dafür aus, die Haltung der Bundesregierung zu unterstützen, aber keine darüber hinausgehenden Maßnahmen zu treffen.

Die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN teilt diese Auffassung nicht. Ein heutiger Beschluss wäre eine Bekräftigung und Konkretisierung der bereits gefassten Beschlüsse. Sie ergänzt, dass es nicht nur kriminelle Schlepperbanden, sondern auch humanitäre Organisationen gebe, die den Flüchtlingen bei ihrer Flucht und anschließenden Unterbringung behilflich seien. Zudem bestehe die große Chance, dass die Kinder und Jugendlichen sich schnell integrieren lassen und hier transferleistungsunabhängig leben. Dies gelte auch für ggf. zu einem späteren Zeitpunkt erfolgende Familiennachzüge. Sie bittet darum, den entsprechenden Beschluss zu fassen, den Bund hierüber zu unterrichten und diesem auch mitzuteilen, wie viele Flüchtlinge die Stadt Viersen aufnehmen wird.

Beigeordnete Bern führt aus, dass die Stadt Viersen bereits aufgrund des letztjährigen Beschlusses als aufnahmebereite Kommune eingestuft worden sei. Der heutige Beschluss würde diese Einstufung bekräftigen. Bislang haben sich 400 Kommunen zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit erklärt. Das Zuweisungsverfahren ist noch nicht im Detail geklärt und sobald nähere Informationen vorliegen, werde die Politik entsprechend informiert. Man habe bereits Gespräche mit diversen Trägern geführt, die sehr engagiert seien. Innerhalb von 48 Stunden sehe man sich in der Lage, Flüchtlinge aufzunehmen und deren Versorgung sicherzustellen.

Der CDU-Fraktion erscheint es wichtig, eine möglichst breite Mehrheit für einen entsprechenden Beschluss zu finden, Daher schlägt sie vor, den Beschlussvorschlag in dem Sinne umzuformulieren, dass die Stadt Viersen die Beschlüsse der Bundesregierung unterstützt.

Alsdann stellt die Vorsitzende den geänderten Beschlussentwurf zur Abstimmung.

**14. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Aussetzen der Beitragserhebung für die Betreuung von Kindern in der Kindertagesbetreuung (einschließlich) der Kindertagespflege und/oder im Rahmen des Offenen Ganztages an Schulen der Primarstufe und Förderschulen im Zuge von COVID-19 für den Monat April 2020
Vorlage: 2020/2466/FB41/III**

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Die nachfolgende, entsprechend § 60 Absatz 1 Satz 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird entsprechend § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW genehmigt:

Die Stadt Viersen setzt die Erhebung von Elternbeiträgen auf Grundlage der örtlichen Satzungen für die Inanspruchnahme von

- Angeboten zur Förderung von Kindertagespflege gemäß §§ 22, 23 und 24 SGB VIII (KJHG) sowie §§ 1 Absatz 1, 3, 4, 13, 17 KiBiz,
- Angeboten zur Förderung von Kinder in Kindertageseinrichtungen gemäß § 22, 22a, und 24 SGB VIII (KJHG) sowie § 1 Absatz 1, 3, 13 ff KiBiz,
- städtischen Angeboten gemäß § 9 SchulG in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 23.12.2010 „Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I“ (BASS 12-63 Nr. 2)

im und für den Zeitraum vom 01. bis 30. April 2020 aus. Dies geschieht unabhängig davon, ob in diesem Zeitraum eine Notbetreuung in Anspruch genommen wird. Die Stadt Viersen trägt die Hälfte der Kosten der Aussetzung. Die Aussetzung der anderen Hälfte erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der Landtag die Übernahme der hälftigen Mindereinnahmen beschließt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Enthaltungen (DIE LINKE)

Protokoll:

Die CDU-Fraktion befürwortet die vollständige Entlastung der Eltern von den Beiträgen. Sie ist aber der Auffassung, dass die Kosten zu 100% vom Land getragen werden müssen. Die Last dürfe nicht auf kommunaler Ebene abgeladen werden.

Die Fraktion DIE LINKE schließt sich dieser Aussage an und wüsste gerne, welche Folgen es hätte, wenn dem Beschlussvorschlag nur in Teilen zugestimmt werde. Sie halte es für zielfüh-

rend, den Beschlussvorschlag dahingehend zu unterteilen und über die Passage „Die Stadt Viersen trägt die Hälfte der Kosten der Aussetzung. Die Aussetzung der anderen Hälfte erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der Landtag die Übernahme der hälftigen Mindereinnahmen beschließt“ gesondert abstimmen zu lassen. Alternativ sollte dieser Teil des Beschlussvorschlages gänzlich gestrichen werden.

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, das Land leiste in der Gesamtbetrachtung im Zusammenhang mit der Corona-Krise gute Arbeit. Sie halte es nicht für zielführend, auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu pochen. Den aufgezeigten Kompromiss der Kostenverteilung zwischen Land und Kommunen halte sie für einen gangbaren Weg, der auch zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt wurde. Sie werbe dafür, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Nach Auffassung der SPD-Fraktion müsse es selbstverständlich sein, dass Eltern nicht für Leistungen herangezogen werden dürfen, die de facto nicht erbracht wurden. Die Haltung der Landesregierung sehe sie eher kritisch. Hier werde der Eindruck erweckt, dass diese sich versuche, aus der Verantwortung zu stehlen.

Die Vorsitzende gibt zu bedenken, dass es hier um die Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gehe, die bereits gefasst wurde. Ein gesplitteter und gesondert abzustimmender Beschluss sei nicht ohne weiteres möglich.

Auch aus Sicht der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN müsse es selbstverständlich sein, dass die Stadt keine Beiträge erhebt bzw. bereits erhobene Beiträge erstattet. Es sollte aber genauso selbstverständlich sein, dass das Land für diese Kosten komplett aufkommt. Daher sollte die Frage im Vordergrund stehen, wie die Stadt ihren Anspruch dem Land gegenüber geltend machen kann. Auch sie würde eine getrennte Abstimmung über beide Beschlussteile befürworten.

Die Fraktion DIE LINKE ist ebenfalls der Auffassung, das Land müsse für die Kosten aufkommen, da es die Entscheidung getroffen habe, Schulen und Kindertagesstätten zu schließen. Zudem werde das Land durch den Bund finanziell unterstützt.

Die Vorsitzende ergänzt, dass die Kosten zunächst der Stadt entstehen. Diese werde aber versuchen, sämtliche Zusatzkosten, die im Rahmen der Corona-Krise anfallen, dem Land zu melden, damit diese Kosten im Rahmen eines kommunalen Rettungsschirms erstattet werden. Es gebe allerdings keine Garantie, ob und in welcher Höhe das Land sich an den Kosten der Kommunen beteiligen werde.

Auch Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Canzler stellt klar, dass die Kosten zunächst zu 100% von der Stadt zu tragen seien. Bezüglich der anteiligen Kostenübernahme verweist er auf die bislang erfolgte Abstimmung zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden. Im Nachgang werde die Stadt versuchen, auch die Kosten für den städtischen Anteil erstattet zu bekommen.

Die CDU-Fraktion betont, dass man den entsprechenden Beschluss notwendigerweise fassen muss, wenn man die die Eltern wirklich entlasten wolle. Wenn die Stadt mit der aufgezeigten Finanzierung nicht einverstanden sei, müsse versucht werden, eine 100%ige Kostenerstattung des Landes zu erreichen. Die kommunalen Spitzenverbände sollten gegenüber dem Land klarmachen, dass die Kommunen darauf angewiesen sind, über das bereits bekannte Maß hinaus unterstützt zu werden.

Die Vorsitzende sollte entsprechende Lobbyarbeit in ihrer Eigenschaft als Mitglied der Gremien des Städtetages betreiben.

15. Bebauungsplan Nr. 180-4 „Brüsseler Allee/Bahnhofplatz“

- **Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen**
- **Beschluss als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB**

Vorlage: 2020/2385/FB60/I

Beschluss:

Der Rat der Stadt Viersen beschließt:

- a) die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus den frühzeitigen Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB entsprechend der beigefügten Beschlussempfehlungen der Verwaltung,
- b) den Bebauungsplan Nr. 180-4 „Brüsseler Allee/Bahnhofplatz“ in Viersen gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 5 Enthaltungen (Bündnis90/DIE GRÜNEN)

Protokoll:

Die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN verweist auf ihre Ausführungen aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und -planung. Ihrer Auffassung nach sei ein zu geringer Baumbestand geplant. Auf der anderen Seite sei zu berücksichtigen, dass die geplante Bebauung sozial schlechter gestellten Menschen zu Gute komme. Sie regt an, die VAB zu bewegen, einen größeren Baumbestand als bislang geplant vorzusehen.

16. Bewerbung beim Förderprojekt des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat „Modellprojekte Smart Cities: Stadtentwicklung und Digitalisierung“

Vorlage: 2020/2468/FB90

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bewerbung beim Förderprojekt „Modellprojekte Smart Cities: Stadtentwicklung und Digitalisierung“ zu erarbeiten und den erforderlichen Ratsbeschluss durch eine Dringlichkeitsentscheidung vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

17. Antrag des Vereins Freunde von Kanew e.V. vom 30.06.2019

Vorlage: 2020/2463/FB41/IV/1

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Kosten des Vereins für die Anmietung der Lagerhalle vollständig zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

41 Ja-Stimmen (Bürgermeisterin, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP, NPD)
10 Nein Stimmen (Bündnis90/DIE GRÜNEN, FürVIE)

Protokoll:

Bezüglich der in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses aufgeworfenen Fragen führt Beigeordnete Bern aus, dass umfangreiche Gespräche mit dem Vereinsvorsitzenden geführt wurden. Auch alternative Möglichkeiten in allen anderen Viersener Stadtteilen wurden geprüft. Das vorliegende Angebot sei das günstigste. Der Verein sei bestrebt, die Heizkosten auf ein Minimum zu beschränken und auch anderweitige Kosten zu minimieren. Auch sei er bestrebt, Mieter für eine Untervermietung zu finden. Die Lagerräume der Aktion „Viersen blüht“ seien räumlich ausgeschöpft und entsprechen nicht den Anforderungen des Vereins.

Aus Sicht der SPD-Fraktion bestehe die Gefahr, hier einen Präzedenzfall zu schaffen. Dennoch wolle sie dem Antragsbegehren folgen, da der Verein es nicht zu verschulden habe, dass er die derzeit genutzten Räume aufgeben müsse. Darüber hinaus leiste der Verein einen wichtigen

Beitrag im Gesamtkontext der Städtepartnerschaften. Hinzu komme, dass ein überschaubarer Zeitraum (zwei Jahre) in Rede stehen. Da sich auch die Lage in der Ukraine kontinuierlich ändere, sollte regelmäßig über die Arbeit des Vereins berichtet werden.

Die CDU-Fraktion spricht sich aus ähnlichen Gründen dafür aus, dem Antragsbegehren zu folgen. In den letzten Tagen und Wochen habe man bemerken können, dass alte Ressentiments wieder aufleben. Vor diesem Hintergrund sei Partnerschaftsarbeit enorm wichtig. Grundsätzlich müsse man sich Gedanken machen, wie man sich zum Thema Städtepartnerschaften zukünftig aufstellen wolle. Sie betrachte die Unterstützung des Vereins als Teil städtischer Partnerschaftsarbeit.

Die Fraktion FürVIE wüsste gerne, ob aktuell nochmals Gespräche mit dem Vereinsvorsitzenden geführt und ob dabei Ergebnisse erzielt wurden. Auch wüsste sie gerne, ob darüber gesprochen wurde, entsprechende Fördermittel bei der Sparkassenstiftung zu beantragen.

Die Vorsitzende entgegnet, dass ihr hierzu keine Informationen vorliegen.

Auch die Fraktion Bündni90/DIE GRÜNEN habe Gespräche mit dem Verein geführt. So wie sie ihn verstanden habe, werde auch über eine Neuausrichtung der Vereinsarbeit nachgedacht. Auch sie habe Bedenken, dass hier ein Präzedenzfall geschaffen werde, zumal sich auch andere Vereine im Stadtgebiet sozial engagieren und das Gesamtpaket freiwilliger Leistungen im Sozialbereich derzeit auf dem Prüfstand stehe. Sie stelle sich die Frage, ob ein kurzfristiger Transport vorhandener Lagerware in die Ukraine möglich sei. Die entsprechenden Transportcontainer könnten ggf. jetzt schon beladen und beispielsweise auf dem Betriebsgelände der städtischen Betriebe deponiert werden, um Lagerkosten zu sparen. Außerdem wüsste sie gerne, ob der Verein den jetzigen Standort definitiv im September aufgeben müsse.

Die Vorsitzende führt aus, dass der Septembertermin gesetzt sei. In Gesprächen habe der Vereinsvorsitzende deutlich gemacht, dass zum Transport des Lagerbestandes mehrere Transporte erforderlich seien. Daher sei eine langfristige Lagermöglichkeit unabdingbar.

Die Fraktion FürVIE spricht sich dafür aus, die Beschlussfassung in die nächste Ratssitzung zu vertagen. Bis dahin sollte man Kontakt zur Sparkasse bezüglich der Bereitstellung von Stiftungsmitteln aufnehmen und nochmal Gespräche mit dem Verein zu führen.

Technische Beigeordnete Fritzsche stellt klar, dass eine weitere Verzögerung nicht möglich sei. Die Deponierung der Container auf dem Betriebsgelände der städtischen Betriebe sei aus Platzgründen nicht möglich, zumal dort auch mit Großfahrzeugen rangiert werden müsse. Sie wäre bereit, noch anderweitigen Grundstücken zu suchen, die für eine Lagerung von Containern in Frage kämen.

Die FDP-Fraktion verweist auf die bislang sehr konstruktive Diskussion. Auch sie begrüße das Engagement des Vereins und würdige dessen Bedeutung für die städtische Partnerschaftsarbeit. Es müsse versucht werden, die Kosten zu minimieren. Insofern regt sie an, den Verein dahingehend zu binden, dass er sich um eine Untervermietung bemüht. Über den aktuellen Sachstand dieser Bemühungen sollte dann im Fachausschuss und wenn dieser nicht tagt, im Haupt- und Finanzausschuss berichtet werden.

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist die aufgezeigte Containerlösung kein gangbarer Weg. Hier müsse man auch die Belange des Mitarbeiters berücksichtigen, der täglich am jetzigen Standort vor Ort ist. Da der Mitarbeiter in Dülken wohnt und nicht mobil ist, sollte sich das zukünftige Lager auch in Dülken befinden. Man glaube, dass der Verein sehr bestrebt sei, die Kosten zu minimieren und einen Untervermieter zu finden.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE sei eine Vertagung nicht zielführend, da angesichts der Corona-Krise nicht feststehe, welche Rats- und Ausschusssitzungen künftig stattfinden werden.

Die CDU-Fraktion lobt das jahrelange Engagement des Vereins. Gerade in heutigen Zeiten, wo die Gefahr bestehe, dass Europa auseinanderdrifte, sei partnerschaftliche Zusammenarbeit enorm wichtig.

Bezüglich der Heizkosten merkt die Fraktion FürVIE an, dass es nicht darum gehe, das ganze Lager zu heizen, sondern lediglich den Raum, in dem sich der Vereinsmitarbeiter aufhalte.

Die FDP-Fraktion fragt an, ob die Überlassung an die Bedingung geknüpft werden kann, dass der Verein einen Untervermieter findet.

Beigeordnete Bern führt aus, dass man grundsätzlich in der Vertragsgestaltung frei sei und eine solche Bedingung in den Vertrag aufnehmen könne. Die Entscheidung hierüber obliege der Politik. In den bisherigen Gesprächen habe sich gezeigt, dass der Verein sehr bestrebt sei, einen Untermieter zu finden und entsprechende Vertragsgespräche konkret seien. Allerdings sei ihrerseits keine Prognose über den Ausgang der Verhandlungen möglich.

Die Vorsitzende ergänzt, man könne dem Verein gegenüber nochmals bekräftigen, dass eine Untervermietung durch diesen unbedingt angestrebt werden solle.

Die Vorsitzende lässt zunächst über den Vertagungsantrag der Fraktion FürVIE abstimmen. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt.

Alsdann lässt die Vorsitzende über den Beschlussvorschlag gemäß Vorlage abstimmen.

**18. Aussetzung der Beitragserhebung für die Betreuung von Kindern in der Kindertagesbetreuung (einschließlich der Kindertagespflege) und/oder im Rahmen des Offenen Ganztages an Schulen der Primarstufe und Förderschule im Zuge von COVID-19 für Mai 2020
Vorlage: 2020/2466/FB41/III/1**

Beschluss:

Der Rat beschließt:

a) Der in Ergänzung zur Vorlage 2020/2466/FB41/III setzt die Stadt Viersen die Erhebung von Elternbeiträgen auf Grundlage der örtlichen Satzungen für die Inanspruchnahme von

- Angeboten zur Förderung von Kindertagespflege gemäß §§ 22, 23 und 24 SGB VIII (KJHG) sowie §§ 1 Absatz 1, 3, 4, 13, 17 KiBiz,
- Angeboten zur Förderung von Kinder in Kindertageseinrichtungen gemäß § 22, 22a, und 24 SGB VIII (KJHG) sowie § 1 Absatz 1, 3, 13 ff KiBiz,
- städtischen Angeboten gemäß § 9 SchulG in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 23.12.2010 „Gebundene und offene Ganztags-schulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I“ (BASS 12-63 Nr. 2)

im und für den Zeitraum vom 01. bis 31. Mai 2020 ebenfalls aus. Dies geschieht unabhängig davon, ob in diesem Zeitraum eine Notbetreuung in Anspruch genommen wird.

b) Die Stadt Viersen trägt die Hälfte der Kosten der Aussetzung. Die Aussetzung der anderen Hälfte erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der Landtag die Übernahme der hälftigen Mindereinnahmen beschließt.

Abstimmungsergebnis zu a):

einstimmig

Abstimmungsergebnis zu b):

47 Ja-Stimmen (Bürgermeisterin, CDU, SPD, FürVIE)
13 Nein-Stimmen (Bündnis90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, FDP)
1 Enthaltung (NPD)

Protokoll:

Die Fraktion DIE LINKE beantragt eine gesonderte Abstimmung über die Passage „Die Stadt Viersen trägt die Hälfte der Kosten der Aussetzung. Die Aussetzung der anderen Hälfte erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der Landtag die Übernahme der hälftigen Mindereinnahmen beschließt.“.

Die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN stimmt diesem Antrag ausdrücklich zu.

Die Vorsitzende ergänzt, dass sie dafür werben werde, dass eine 100%ige Kostenerstattung des Landes im Rahmen eines kommunalen Rettungsschirms erfolgt.

Aus Sicht der FDP-Fraktion sei der Beschlussvorschlag so formuliert, dass die Stadt die hälftigen Kosten von den Eltern einfordert, wenn das Land seinen Anteil nicht übernimmt.

Die Fraktion FürVIE habe die Ausführungen der Verwaltung bislang so verstanden, dass die Stadt zunächst in Vorleistung tritt und das Land anschließend seinen Anteil an die Stadt erstattet. Allerdings halte sie die Beschlussformulierung für fehlerhaft, da demnach in letzter Konsequenz die Eltern den hälftigen Beitrag zahlen müssen, wenn der Landtag die Übernahme der hälftigen Mindereinnahmen nicht beschließen sollte.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Canzler stellt klar, dass die Kosten zunächst vollständig den städtischen Haushalt belasten und anschließend eine Erstattung des Landes erfolge. Er gehe davon aus, dass das Land zu seiner Zusage stehe. Beim vorliegenden Beschlussentwurf handele es sich um einen Musterbeschluss, den auch andere Kommunen in dieser Form gefasst haben.

Nach Auffassung der Beigeordneten Bern handle es sich um eine reine Formalie, zumal die Stadt die Zusage verschiedener Ministerien habe, dass die hälftigen Kosten vom Land übernommen werden.

Die SPD-Fraktion betont, dass die Eltern selbst dann nicht belastet werden dürften, wenn das Land seine Zusage nicht einhalte.

Die Fraktionen DIE LINKE und die FDP-Fraktion sprechen sich nochmals dafür aus, über beide Teile des Beschlussvorschlages separat abstimmen zu lassen. Diesem Vorschlag wird gefolgt.

19. Erstattung der Elternbeiträge für die freien Träger der außerunterrichtlichen Betreuungsangebote der Primarstufe und der Sekundarstufe I
Vorlage: 2020/2487/FB50/IV

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß der Vorlage 2020/2487/FB50/IV, den freien Trägern der außerunterrichtlichen Betreuungsangebote der Primarstufe und der Sekundarstufe I entsprechend der Vereinbarungen des Landes NRW mit den Kommunalen Spitzenverbänden die Hälfte der angefallenen Elternbeiträge für die Monate April und Mai zu erstatten. Dies steht unter dem Vorbehalt der tatsächlichen Erstattung der Träger an die Eltern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Protokoll:

Aus Sicht der SPD-Fraktion sei es folgerichtig, den vorgesehenen Beschluss zu fassen, da man bei einer Nichtberücksichtigung der freien Träger bestehende Strukturen vernachlässigen würde.

20. Sachstandsbericht zur Anfrage der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zum digitalen Unterricht an Viersener Schulen
Vorlage: 2020/2492/FB50/I

Beschluss:

Der Rat nimmt den Sachstandsbericht zum digitalen Unterricht an Viersener Schulen gemäß der Vorlage 2020/2492/FB50/I zur Kenntnis.

Protokoll:

Aus Sicht der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN sei der Sachstandsbericht als erster Einstieg in die Thematik zu betrachten. Scheinbar wenden die Schulen unterschiedliche Verfahren der Aufgabenübermittlung (digital bzw. analog) an. Es gebe offensichtlich erhebliche Mängel bezüglich der IT-Ausstattung der Schulen und der privaten Haushalte. Sie wüsste gerne, ob die bislang vorliegenden Ergebnisse noch nachgearbeitet und evaluiert werden und ob die IT-Ausstattung der Privathaushalte noch abgefragt werde. Auch wüsste sie gerne, ob die Verwaltung die Initiative für weitere Ermittlungen ergreife, oder ob die Politik hier entsprechende Anträge stellen müsse.

Beigeordnete Bern fasst zusammen, dass sich sowohl bezüglich der Schulen als auch der Privathaushalte ein äußerst heterogenes Bild ergebe. Es sei sehr aufwendig, alle Privathaushalte zu befragen und man könne nicht sicher sein, dass auch alle Privathaushalte an der Befragung

teilnehmen. Sollte die Politik weitere Fragen haben, bittet sie darum, diese zu konkretisieren und an die Verwaltung zu richten. Diese werde dann zwecks Beantwortung an die Schulen herantreten.

Nach Auffassung der CDU-Fraktion leisten die Schulen bislang hervorragende Arbeit. Niemand sei vor kurzem auf den Gedanken gekommen, dass digitalem Unterricht eine derartige Bedeutung zukommen könnte. Die von der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN aufgeworfenen Fragen seien äußerst interessant, allerdings könne man derzeit keine Prognose über die zukünftige Entwicklung abgeben. Es sei wichtig und richtig, sich mit dem Themenfeld auseinanderzusetzen, allerdings sei hierzu auch ein entsprechender Input der Schulen und Privathaushalte erforderlich. Mit dem Thema werde man sich auch zukünftig und langfristig zu befassen haben.

Aus Sicht der FDP-Fraktion sei der Sachstandsbericht von sehr großem Interesse. So wichtig eine Bestandsaufnahme auch sei, müsse man bedenken, dass der zukünftigen Ausrichtung der Schulen eine große Bedeutung zukomme, zumal vergleichbare Situationen wie die aktuelle Corona-Krise auch zukünftig nicht auszuschließen seien. Die Digitalisierung dürfe man hierbei nicht als Allheilmittel betrachten.

Die SPD-Fraktion unterstützt ihren Vorredner. Die Schulen seien auf dem richtigen Weg. Aktuell sei wichtig, dass die Unterrichtsmaterialien die Schülerinnen und Schüler erreichen und dies sei offensichtlich der Fall. Der Sachstandsbericht sei durchaus interessant, in Teilen zeige er allerdings auch erschreckende Umstände auf.

Die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN appelliert, die jetzige Bestandsaufnahme zu nutzen, intensiv in das Thema einzusteigen und sich zukunftssicher aufzustellen. Dies betreffe Investitionen in die IT-Infrastruktur der Schulen und auch die entsprechende Ausstattung der Schülerinnen und Schüler. In der Gesamtbetrachtung sei eine gemeinsame Veranstaltung unter Beteiligung von Politik, Verwaltung und Schulleitungen angeraten.

Die Vorsitzende führt aus, dass sich die Verwaltung auch schon vor der Corona-Krise mit der Digitalisierung befasst habe und bittet Beigeordnete Bern um weitere Ausführungen.

Diese ergänzt, dass eine umfassende Bestandsaufnahme erfolgt sei und auch weiterhin erfolgen werde. Bezüglich der Ausgestaltung der Stoffvermittlung seien die Schulen federführend. Die Verwaltung könne allenfalls die technische Ausstattung hierfür zur Verfügung stellen. Wie die Schulen vor Ort arbeiten, liege allerdings in deren Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich. Die Bereitstellung der technischen Mittel wurde bereits zum Teil umgesetzt und werde auch weiterhin sukzessive betrieben. Bezüglich der Ausstattung von Klassenzimmern werden weitere Gespräche mit den Schulen geführt. Darüber hinaus solle eine Ausschreibung im Rahmen des „Digitalpaktes“ auf den Weg gebracht werden. Im Sommer werde dem Schulausschuss ein aktueller Sachstandsbericht vorgelegt.

21. **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

22. **Beschlusskontrolle**

Alle Beschlüsse wurden wie vorgesehen umgesetzt.

23. **Verschiedenes**

a) **Wasserstellen am Dülkener Friedhof**

Ratsherr Plöckes berichtet, dass der Dülkener Friedhof mit neuen Wasserstellen ausgestattet wurde und bittet darum, dem zuständigen Verwaltungsbereich ein entsprechendes Lob auszusprechen.

b) **Vertragsgespräche mit Trägern der freien Jugendhilfe:**

Ratsfrau Maaßen berichtet über Vertragsgespräche zwischen den Trägern der freien Jugendhilfe und der Verwaltung. Sie lege Wert darauf, dass auch die Politik eingebunden werde und fragt an, wie die Verwaltung auf den Vertragsentwurf reagiert habe. Auch wüsste sie gerne, ob das Thema auch im anstehenden Obleutegespräch aufgegriffen werde.

Ratsherr Gütgens führt aus, dass dieses Thema - und auch eine mögliche Beteiligung der Politik – im Obleutegespräch behandelt werde und sich auch der Jugendhilfeausschuss hiermit befassen werde. Dabei werde auch auf den Vertragsentwurf eingegangen.

Beigeordnete Bern bekräftigt diese Aussage. In der vorletzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses wurde vereinbart, eine Arbeitsgruppe zu bilden und zwei Workshops zu veranstalten. Im Obleutegespräch am 25.05.2020 werden auch finanzielle Aspekte dargestellt werden.

c) Auswirkungen der Corona-Krise auf örtliche Schaustellerbetriebe:

Ratsherr Seidel berichtet, dass die örtlichen Schaustellerbetriebe sehr von der Corona-Krise betroffen seien und derzeit große finanzielle Verluste hinnehmen müssen. Es wäre begrüßenswert, wenn die Verwaltung diesen Möglichkeiten anbietet, ihr Geschäft in der Fußgängerzone zu betreiben.

Die Vorsitzende bestätigt, dass entsprechende Anfragen vorliegen. Diese werden von der Verwaltung grundsätzlich positiv gesehen und aktuell bearbeitet.

d) Grünflächenbereich und Brücken im Bereich Bebericher Straße – Weiherstraße:

Ratsfrau Maßen berichtet über zwei Brücken und eine größere Grünfläche im Bereich Bebericher Straße – Weiherstraße, die sich in einem erbarmungslosen Zustand befinden würden. Sie wüsste gerne, ob geplant sei, die Brücken instandzusetzen und die Grünfläche wiederherzurichten.

Die Vorsitzende sagt zu, dies zwecks Prüfung in den zuständigen Geschäftsbereich weiterzugeben. Allerdings liegen die Brücken ihres Wissens nach nicht im städtischen Verantwortungsbereich.

Technische Beigeordnete Fritzsche ergänzt, dass sich die Brücken im Eigentum des Wasser- und Bodenverbandes der Mittlere Niers (WaBo) befinden. Die Verwaltung werde das Gespräch mit diesem suchen und dabei auch andere Dinge zur Sprache bringen. Allerdings wird sich nach ihrer Einschätzung die Stadt im Falle einer Brückensanierung finanziell beteiligen müssen. Über die weitere Entwicklung werde sie im Ausschuss für Bauen, Umwelt- und Klimaschutz berichten.

Ratsherr Dr. a Campo wüsste gerne, ob keine Verpflichtung des Besitzers bestehe, die Brücken instandzuhalten.

Hierzu führt Technische Beigeordnete Fritzsche aus, dass nach Auffassung des WaBo die Stadt Viersen einen Verkehrsbedarf habe und der Weg insofern die Brücken bedinge. Die Verwaltung werde diesbezüglich in offene Gespräche mit dem WaBo gehen.

e) Wanderweg „Niersauen-Runde“:

Ratsherr Pertenbreiter berichtet, dass der Wanderweg „Niersauen-Runde“ auf Viersener Stadtgebiet mit herkömmlichem Schuhwerk nicht begehbar sei.

Technische Beigeordnete Fritzsche sagt zu, den Kreis diesbezüglich zu informieren und anschließend hierüber zu berichten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung. Nachdem alle Zuhörer den Sitzungsraum verlassen haben, eröffnet sie den nichtöffentlichen Teil.

gez.

Sabine Anemüller
Bürgermeisterin

gez.

Stephan Sillekens
Schriftführer